

Paibacher Zeitung.



Mr. 42.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 20. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20 u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1873.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Präsidenten der Landwirtschaftsgesellschaft in Roveredo Philipp Grafen Bossi-Fedrigotti v. Drenfeld die k. k. Kämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. Februar d. J. den von der Generalversammlung der Actionäre der priv. österr. Nationalbank wiedergewählten Directoren Dr. Franz Egger, Joseph Max Trebisch und Michael Dumba, dann dem von der Generalversammlung neugewählten Director Karl Auspiz die Bestätigung für die statutenmäßige Dauer ihres Amtes allergnädigst zu verleihen geruht.
Preis m. p.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Dr. Karl Kieuböck, Gustav Neuber und August Prokop auf Grund der mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 21. October 1872 dem Herrn Gustav Neuber erteilten Concession zur Erbauung eines ständigen Theaters im Bezirk Landstraße in Wien die Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Theater- und Hotel-Actiengesellschaft Odeon“ mit dem Sitze in Wien bewilligt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den beteiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Karl Maader, Johann Kessler und Oscar Herz die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma: „Erste österreichische Eisfabriks-Actiengesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister für Landesverteidigung hat dem Concipisten der Statthalterei von Dalmatien Theodor Lee die beim Ministerium für Landesverteidigung erledigte systemisirte Ministerialconceipistenstelle verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Gesetzentwurf, betreffend die Wahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes.

(Fortsetzung.)

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§ 21. Die Aufforderung zur Bornahme der Wahl geschieht über Anordnung des Ministers des Innern durch Erlasse der Landesbesche, welche den Tag, an dem die Wahl in den gesetzlich bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§ 22. Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Reichsrath hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann jene der Städte, Märkte und Industrialorte, hierauf jene der Handels- und Gewerbekammern und endlich die Abgeordneten der Wählerklasse des großen Grundbesitzes (der Höchstbesteuerten) gewählt und daß die Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden, dann jene der Abgeordneten der Städte, Märkte und Industrialorte, hierauf jene der Handels- und Gewerbekammern, endlich jene des großen Grundbesitzes (der Höchstbesteuerten) im Lande an dem nämlichen Tage beginnen.

Handels- und Gewerbekammern, welche mit Städten, Märkten und Industrialorten in einem Wahlkörper vereinigt sind, haben die Wahl vorzunehmen, nachdem die Abstimmung in den mit der Kammer vereinigten Orten vollzogen ist.

Der Vorgang hinsichtlich der Wahlen des ersten Wahlkörpers des großen Grundbesitzes in der Bukowina, dann der in der Landesordnung für Tirol, § 3 I aufgeführten Wähler ist im § 53 geregelt.

§ 23. Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist durch die Landeszeitungen und durch Placate in allen Gemeinden der ihm Reichstage vertretenen Länder bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Ergänzungswahlen ist bezüglich der Wählerklasse des großen Grundbesitzes (der Höchstbesteuerten) durch die Landeszeitung, bezüglich der

Wählerklasse der Städte, Märkte und Industrialorte und der Landgemeinden durch Placate in den den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§ 24. Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung einen Wahlkörper bilden, sind in alphabetischer Ordnung in eine besondere Liste einzutragen. Bestehen für den Wahlkörper mehrere Wahlorte, so sind so viele Listen anzulegen, als Wahlorte bestimmt sind, und in jeder dieser Theillisten sind jene Wähler einzutragen, die an dem nämlichen Wahlorte zu stimmen haben.

Die Wählerlisten sind von den zur Anfertigung derselben berufenen Organen in Evidenz zu erhalten.

Die nachfolgenden Bestimmungen über die Anfertigung der Wählerlisten, die Reclamationen gegen dieselben und die Anfertigung von Legitimationskarten finden, auf die von den Handels- und Gewerbekammern vorzunehmenden Wahlen keine Anwendung.

§ 25. Die Anfertigung:

- der Wählerlisten des großen Grundbesitzes (der Höchstbesteuerten) obliegt dem Landesbesche;
- der Wählerlisten der Städte, Märkte und Industrialorte und der Landgemeinden obliegt in jeder Gemeinde dem Gemeindevorsteher;
- der Wählerlisten der nach § 11 zur Theilnahme an der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden in der Eigenschaft von Wahlmännern berufenen Gutsbesitzer obliegt dem Bezirkshauptmann, in dessen Amtsbezirk der Wahlort sich befindet.

Die Listen a hat den Landesbesche durch Einschaltung in die Landeszeitung unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reclamationsfrist zu verlautbaren.

Die Listen b hat der Gemeindevorsteher im Amtlocale der Gemeinde und die Listen c der Bezirkshauptmann in seinem Amtlocale zu jedermanns Einsicht aufzulegen. Gleichzeitig ist diese Auflegung unter Anberaumung einer achtägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reclamationsfrist öffentlich bekannt zu machen.

Ein Pare der Liste hat der Gemeindevorsteher an die unmittelbar vorgesetzte landesfürstliche politische Behörde oder an jenen Bezirkshauptmann vorzulegen, welcher vom Landesbesche mit der Entscheidung der Reclamationen beauftragt worden ist (§ 26).

§ 26. Reclamationen gegen die Wählerliste können von den Wahlberechtigten des betreffenden Wahlkörpers wegen Aufnahme von Nichtwahlberechtigten oder Weglassung von Wahlberechtigten, und zwar gegen die Listen a bei der Landesbehörde, gegen die Listen b bei dem Gemeindevorsteher und gegen die Listen c bei der landesfürstlichen Bezirksbehörde eingebracht werden.

Die bei dem Gemeindevorsteher einlangenden Reclamationen sind von ihm innerhalb drei Tagen an die unmittelbar vorgesetzte landesfürstliche politische Behörde oder in Städten mit eigenen Statuten außer der Landeshauptstadt an jenen Bezirkshauptmann vorzulegen, welchen der Landesbesche mit der Reclamationsentscheidung beauftragt.

Ueuer die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen entscheidet bezüglich der Listen a der Landesbesche, bezüglich der Listen b der Vorsteher der landesfürstlichen politischen Behörde, welcher die Gemeinde unmittelbar unterstellt ist, oder der mit dieser Entscheidung beauftragte Bezirkshauptmann, bezüglich der Listen c der zur Anfertigung derselben berufene Bezirkshauptmann.

In den die Listen b und c betreffenden Fällen kann innerhalb drei Tagen die Berufung an den Landesbesche eingebracht werden.

Die Entscheidung des Landesbesches ist in jedem Falle endgültig.

Reclamationen und Berufungen, die nach Ablauf der Frist eingebracht werden, sind als verspätet zurückzuweisen.

Der zur Reclamationsentscheidung berufene landesfürstliche Beamte ist auch berechtigt, bis 24 Stunden vor dem Wahltermine Verichtigungen der Wählerliste von amtswegen vorzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Wahlreform.

Die öffentlichen Blätter beschäftigen sich bereits mit der Besprechung der Gesetzentwürfe über die Vermehrung der Abgeordneten und über die directen Reichsrathswahlen.

Die „Neue Freie Presse“ äußert sich: „Verflorenen Samstag hat das Ministerium nach mühseligen Vorbereitungen zur Genugthuung aller jener, denen die Con-

solidierung Oesterreichs am Herzen liegt, sein vor vierzehn Monaten versändetes Wort eingelöst und die Gesetzentwürfe über die directen Reichsrathswahlen im Abgeordnetenhaus durch die Hand seines Präsidenten, Fürsten Adolf Auersperg eingebracht. Wir rechnen es nicht unter die geringsten Vorzüge der gegenwärtigen Regierung, daß sie nicht in glänzenden und verheißungsvollen Programmen, sondern in dem unverrückten Festhalten an den vorgesteckten erreichbaren Zielen ihren Ruhm sucht. Dem entsprechend entledigte sich denn auch Se. Durchlaucht der Ministerpräsident der ihm zugefallenen Aufgabe in eben so schmuckloser als würdevoller Weise durch den Hinweis auf die in der Allerhöchsten Thronrede vom 28. December 1871 gemachte Zusage, welche durch die eingebrachten Vorlagen ihre Erfüllung findet. Das Abgeordnetenhaus nahm die Eröffnungen des Ministerpräsidenten in feierlicher Stimmung entgegen.“

Betreffend den Inhalt der Vorlagen schreibt das genannte Blatt in folgender Weise: „Was wir zum Ruhme der wäseligen, umfangreichen Arbeit bemerken könnten, steht zurück hinter der Bedeutung der bloßen Thatsachen der Einbringung und der ausnahmslosen Vereinigung aller Freunde des Reiches in dem Gedanken der directen Wahlen. Die eiserne Nothwendigkeit der Consolidierung unseres Staatswesens forderte die Anerkennung dieser Gedanken in den Gemüthern aller Anhänger der österreichischen Staatsidee. Allerdings ist das Ideal eines direct gewählten Volkshauses durch die Vorlagen nicht voll erreicht. Aber in dem harten Ringen um den Sieg des Reichsgedankens haben die Anhänger der Verfassung Selbstbeschränkung gelernt, und alle Bedenken gegen die Entwürfe werden weit überwogen durch den hohen Gewinn, welchen der Sieg des staatsbefestigenden Prinzips in denselben dem Reiche sichert.“

Die „Presse“ sagt: „Das Ereignis der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses, die Einbringung der Wahlreformvorlagen, drängte alle anderen Vorkommnisse in den Hintergrund. Die kurze Rede, mit welcher Se. Durchlaucht der Ministerpräsident die Wahlreformvorlagen der parlamentarischen Behandlung übergab, wurde zweimal durch lauten Beifall unterbrochen, das erste mal bei der Anzeige, daß in Erfüllung der Zusage der Allerhöchsten Thronrede das Ministerium die Wahlreform überreiche, und das zweite mal bei der Stelle, welche die Hoffnung ausdrückt, die Wahlreform werde zum Segen werden für eine ruhige und sichere Entwicklung der Verfassung. Am Schlusse der Rede wurde der Beifall allgemein und andauernd.“ Ueber die Vorlage selbst spricht sich das genannte Blatt in folgender Weise aus: „Die Vorlagen sind die reife Frucht geschichtlicher Entwicklung und sorgfältiger Benützung der aus ihr zu ziehenden Lehren. Es liegt hierin die Bürgschaft, daß der Sieg, welchen die Verfassungspartei in Oesterreich errungen, mit der Botirung des Wahlgesetzes zu einer dauernden Befestigung unserer inneren Zustände führen werde.“

Die „Deutsche Zeitung“ und „Tagespresse“, von manchen Detailbestimmungen der Vorlage nicht befriedigt, erkennen in ihr doch einen bedeutsamen Fortschritt in unserer verfassungsmäßigen Entwicklung.

Das „Fremdenblatt“ äußert sich wie folgt: „Die Wahlreformgesetze, welche bestimmt sind, durch die Lösung der Reichvertretung von den Landtagen den Reichsgedanken und die Verfassung zu kräftigen, neue Garantien für die Entwicklung der verfassungsmäßigen Zustände und Institutionen zu schaffen, sind dem Abgeordnetenhaus zur verfassungsmäßigen Behandlung übergeben worden. Die Verheißung der Thronrede, daß die Regierung eifrig bestrebt sein werde, für die Verstärkung des österreichischen Staatsgedankens die Wege zu eben, ist somit zur That geworden. In greifbarer Gestalt ist das Resultat ernster Arbeit und reiflicher Erwägung an die Oeffentlichkeit getreten und in der Entwicklungsgeschichte der Monarchie wird der 15. Februar stets eine hervorragende Stelle einnehmen. Der Gedanke von der Unentbehrlichkeit der directen Wahlen und der Nothwendigkeit einer selbstständigen, von den Landtagen losgelösten Reichvertretung hat sich nur langsam und zumeist an den Bestrebungen der Verfassungsgegner gezeigt. Sie hauptsächlich führten zur Erkenntnis, daß ohne Wahlreform Staat und Verfassung in ihrem Bestande gefährdet seien. Alle Freunde Oesterreichs scharten sich daher bald um das Banner der Wahlreform, und die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit dieser letzteren gelangte immer mehr und mehr zum siegreichen Durchbruche. Durch die Wahlreform soll das Reich in seine Rechte eingesetzt und so in unseren Tagen dasjenige vollendet werden, woran eine glorreiche Geschichte

der Jahrhunderte gebaut, wofür unsere Vorfahren in zahllosen Schlachten geblutet und große Feldherren und Staatsmänner gestritten und gewirkt haben."

Das „Neue Fremdenblatt“ schreibt: „Der Empfang, welcher der Wahlreformvorlage im Hause der Abgeordneten wurde, war voll Würde und Ruhe. Auch die wenigen Worte, welche der Herr Ministerpräsident der Vorlage als Empfehlung auf den Weg gab, klangen höchst anspruchslos und bescheiden. Selten wohl ist ein großer Erfolg mit so bescheidenen Worten verkündet worden. Doch erhöht das alles nur den Werth und die Bedeutung des Actes, der sich in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses abspielte. Es ist zum mindesten ein Beweis, daß die Verfassungspartei, wie sie in ihrem Streben rastlos, unermüdet und geduldig war, so im Erfolge ruhig und frei von jedem Uebermuthe bleibt. In meritorischer Hinsicht bringen uns die beiden Entwürfe kaum ein einziges überraschendes Novum. Nach wie vor bleibt es unbestritten, daß das politische Moment: die Rücksicht auf die Consolidierung und Unabhängigkeitserklärung des Reichsrathes, das maßgebendste bei der Abfassung der beiden Gesetzentwürfe gewesen und daß vor diesem Einen, allerdings auch großen Zwecke die Rücksichten für die liberale Fortentwicklung des Wahlsystems zurücktreten mußten.“

Das „Tagblatt“ äußert sich in nachfolgender Weise: „Der 15. Februar d. J. bezeichnet einen bedeutungsvollen Wendepunkt in der Entwicklung des österreichischen Verfassungslebens. Die Wahlreform wurde an diesem Tage vor das Abgeordnetenhause gebracht; langjähriger Ringen hat mit einem Siege für die Anhänger der Verfassung und der Reichseinheit geendet. Mit der Festigung des Parlamentarismus durch die directen Wahlen geht die Festigung des Staates, durch Loslösung des Reichsrathes von den Landtagen, Hand in Hand.“

Parlamentarisches.

Am 17. d. fand die erste Sitzung des Verfassungsausschusses statt. Anwesend waren auch Ihre Exc. die Herren Minister Freiherr v. Lasser und Dr. Unger. — Bei Beginn der Sitzung meldete sich Abg. Dr. Ritter v. Grocholski zum Wort und gab folgende Erklärung ab: „Bei uns zu Lande ist alles der Ueberzeugung, welche wir auch bei der Verathung des Nothwahlgesetzes schon ausgesprochen haben, daß eine solche Wahlreform ohne Verletzung des Rechtes der Landtage nicht möglich, und wenn durchgeführt, ein Verfassungsbruch wäre. Es wird daher die Herren nicht überraschen, wenn ich auch heute in meinem und meiner Bestimmungsgenossen (im Verfassungsausschusse) Namen die Erklärung abgebe, daß wir uns nicht für berechtigt halten, uns bei der Verathung über diesen Gesetzentwurf zu betheiligen, und daß wir uns auch daran nicht betheiligen werden.“

Die galizischen Mitglieder des Verfassungsausschusses verließen hierauf den Sitzungssaal, wornach der Ausschuss die Verathung fortsetzte.

Bezüglich der formellen Behandlung beantragte Dr. Herbst für a) das Gesetz, wodurch die §§ 6, 7, 18 geändert worden, Eingehen in die Vollverathung; b) für das Reichsraths-Wahlgesetz Bestellung eines Einzelreferenten.

Bei der Abstimmung wird Herbsts Antrag angenommen, die Generaldebatte abgelehnt und Dr. Herbst zum Berichterstatter gewählt.

Feuilleton.

Memoiren einer Balkkönigin.

Genrebild von Anton Reipnik.

Es war gegen die Mitte des vorigen Sommers, als ich den Bade- und Kurort Balaton-Fured besuchte. Die Reise bis dahin war sehr angenehm. Wenige glühende Wolken schossen am blauen Himmel hin, und verdeckten nur selten die Sonne, deren goldener Glanz sich in den Wellen des Plattensees widerspiegelte.

Ich gab mich ganz meinen Träumereien hin, aus welchen ich nur durch das schrille Pfeifen der Maschine erweckt wurde.

Das Schiff blieb stehen; wir mußten aussteigen. Meine Blicke schweiften über die am Ufer stehenden Personen; es waren mir gänzlich unbekannte Physiognomien. Schon wollte ich mich entfernen, als ich eine Dame gewahr wurde, deren Augen lächelnd auf mir haften blieben.

Ich gestehe, daß ich ein getreuer Bürger des Reiches Hymens bin, daß ich in den blauen Augen meiner kleinen Frau — die zu Hause vielleicht eben jetzt meiner gedenkt — meine ganze Glückseligkeit finde, konnte es aber doch nicht unterlassen, tief in das Auge derjenigen zu schauen, die mich als alten Bekannten mit ihrem Lächeln bezaubern wollte.

Die in Rede stehende Dame kann weder jung noch alt genannt werden; ihr Anblick genügt, um uns die Bemerkung zu entlocken: daß sie einst sehr schön gewesen sein müsse.

„Guten Tag, meine Gnädige!“ sagte ich mit dem

Aus dem ungarischen Reichstage.

Der k. ungarische Finanzminister legte dem Finanzausschusse des ungarischen Abgeordnetenhauses die Berechnung vor, nach welcher, wenn diejenigen, die mehr als 35 fl. Steuer zahlen, als Personal-Erwerbsteuer 5 Percent von ihrer Gesamtsteuer zu entrichten hätten, die Summe 1,203.000 Gulden, — wenn 4 Percent, 862.544 fl. betragen würde, welche Summe dem Staatschätze zuzuführen dürfte, von welcher jedoch die 600.000 fl. abzuziehen wären, welche von diesen Steuerzahlern als Erwerbsteuer bis jetzt gezahlt wurden; das Plus beläuft sich demnach auf nur 362.000 fl. Eine eingehendere Verathung entspann sich über die Frage, ob überhaupt ein solcher Zuschlag unter dem Titel der „Personal-Erwerbsteuer“ einzuführen wäre. Die Mehrheit des Ausschusses erklärte sich hauptsächlich — wenn auch im Wege eines besonderen Gesetzartikels — dafür, weil sonst die wohlhabenderen Klassen zu der Steuererhöhung, welche durch die vom Reichstage votierten Auslagen unausbleiblich notwendig erscheint, nicht in dem Maße beitragen würden, wie die kleineren Steuerzahler; der Ausschuss fand sich aber bewogen, den 4percentigen Zuschlag überhaupt auch auf diejenigen auszudehnen, die weniger als 35 fl. Steuer zahlen, weil sonst die Bemessung der Erhöhung praktisch kaum durchführbar wäre, indem die betreffenden Steuerämter nicht wissen, ob diejenigen, die in ihrem Bezirke keine 35 fl. Steuer zahlen, in einem anderen Bezirke nicht vielleicht noch mehr entrichten. Diesem Beschlusse gemäß käme von der gesammten Grund- und Haussteuer sowie von der Einkommensteuer der dritten Klasse, also von 40 Millionen, mit 4 Percent 1,600.000 fl. zu entrichten. Die kleineren Besitzer erhalten dadurch einigermassen eine Erleichterung, und nachdem die Steuer, welche auf diejenigen bis jetzt ausgeworfen war, die mehr als 35 fl. Steuer zu entrichten hatten, die Summe von 24,063.000 Gulden beträgt, so werden die wohlhabenderen Steuerzahler in gerechter Weise zur Deckung der öffentlichen Bedürfnisse mehr herangezogen.

Politische Uebersicht.

Zaibach, 19. Februar.

Der k. ungarische Ministerpräsident v. Szlavy hat sich wegen Verwirklichung seiner Absicht, das Budget für das künftige Jahr noch in dieser Session, welche sodann bis zu Pfingsten verlängert werde, vorzulegen, mit den Führern des linken Centrums ins Einvernehmen gesetzt. Herr v. Szlavy verlangt, daß in diesem Falle sowohl die General-Debatte als die abermalige Erörterung jener Posten, welche in derselben Höhe, wie sie für das laufende Jahr votiert wurden, angelegt erscheinen, unterbleiben. — Das ungarische Abgeordnetenhause votierte, den Anträgen des Finanzausschusses gemäß, die für den Straßenbau präliminirten Summen. — Das neue Polizeigesetz wird nunmehr, der „L.R.“ zufolge, demnächst im Ministerrathe verhandelt und dann unverzüglich dem Reichstage vorgelegt werden, weil man betreffenden Ortes sofort nach der Genehmigung des Gesetzes zur Errichtung der Staatspolizei schreiten will. Die Grundrisse dieses Gesetzes sollen schon vor mehreren Jahren, als seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident noch Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern war, festgestellt worden sein. — Ghyczy wird bei der Verhandlung des Unterrichts-Budgets beantragen, daß der Religionsfonds und die confessionellen Schulstif-

tungen als Staatsvermögen zu behandeln sind und demnächst in das Budget eingestellt werden.

Die „Montags-Revue“ schreibt: „Es sind in den letzten Tagen an mancher Stelle Bemerkungen darüber aufgetaucht, ob die monarchischen Staaten und speciell Deutschland und Oesterreich die neu constituirte spanische Republik anerkennen werden, und man hat die eigenen Zweifel damit zu motivieren gesucht, daß man auf die bereits erfolgte Anerkennung seitens anderer Staaten hinwies. So viel wir zu wissen glauben, ist bisher trotz aller eingelaufenen diesbezüglichen Meldungen eine Anerkennung, vielleicht mit Ausnahme Nordamerikas, noch nirgends geschehen. Sie konnte auch nicht erfolgen, weil die Republik in Spanien ihre Constitution noch nicht vollzogen und dieselbe den anderen Cabineten noch nicht notificiert hat. Sobald diese Notification eingelangt sein wird, unterliegt die Anerkennung in Wien wie in Berlin nicht dem geringsten Zweifel, denn die moderne Politik hat den Standpunkt acceptiert, daß es jedem Lande freistehe, sich seine Regierungsform zu wählen. — Die „Bohemia“ meldet: „Die europäischen Cabinete, darunter auch das österreichische, warten nur die Constituierung der spanischen Republik und die Notification ab, um die Republik offiziell anzuerkennen.“

Sämmtliche französische Blätter berichten einmüthig, daß die Fusions-Versuche der Monarchisten an der Weigerung des Grafen von Paris, zu Chamberlain zu reisen, gescheitert seien.

Die englischen Blätter besprechen die Regierungskrisis in Spanien in einer für dieses Land sonderlich schmeichelhaften Weise, und sie stimmen größtentheils darin überein, daß die republikanische Regierungsform nicht von zu langer Dauer sein und sehr bald einer militärischen Diktatur oder einer Monarchie weichen werde.

Die „Times“ schreibt: „Wir können von den Befürchtungen, die wir von Rußland erhalten haben, befriedigt sein; wir können nichts Besseres thun, als die Hilfsquellen unseres Reiches in Asien entwickeln und uns die Neigung des dortigen Volkes gewinnen. Wenn dies geschehen, können wir keinen gefürchteten Gegner haben. Britisch-Indien wird außerhalb jedes Angriffes liegen und in der Lage sein, einen überwiegenden Einfluß auf die Politik im Oriente auszuüben.“

Wie aus der italienischen zweiten Kammer gemeldet wird, setzt der Ausschuss für den religiösen Körperschaften betreffenden Gesetzentwurf seine Arbeiten so eifrig fort, daß er in wenigen Tagen einen Berichterstatter ernennen zu können hofft. Bezüglich des zweiten Artikels, der von den Generalabthäusern handelt, hat sich der Ausschuss in der That geeinigt, diese Häuser nicht fortbestehen zu lassen, wobei aber eine Subvention für die Ordensgenerale festzusetzen und auch Locale für ihre Amtsgestion zu bestimmen, wofür jedoch die bezüglichen Klöster nicht gewählt werden sollen, da diese in die Kategorie, wie sie das allgemeine gültige Gesetz normiert, fallen würden.

Die portugiesische Regierung gab in den Cortes bekannt, daß König Amadeus keine offiziellen Besuche zu empfangen wünsche. Die Regierung brachte einen Dringlichkeitsgesetzentwurf ein, wonach die Reserven in der Stärke von 9000 Mann einberufen werden sollten.

Die rumänische Kammer votierte das Budget des Kriegsministeriums und bewilligte den Ankauf einer Kanonenschaluppe, die auch zur Sintflut-

Muthe eines Spaniers. „Zählen Sie vielleicht zu den Gästen des Badeortes?“

„Ja, ich besuchte das Bad, um mich von einer hartnäckigen Krankheit zu erholen.“

Die wenigen Worte genügten, um sie zu erkennen. Es war Gisela von Tatra, die vor kurzen acht Jahren den ersten Platz unter den Schönen der Residenz einnahm. Die Zeit hatte auch hier mächtig gewirkt, sie war nunmehr die Ruine der einstigen Schönheit.

„Es freut mich außerordentlich, Sie hier zu finden; ich hatte schon lange nicht das Glück, Sie zu sehen — und war doch so stolz, Ihr Freund sein zu können“ — setzte ich mein Gespräch fort.

„Sie sind noch immer der alte Schmeichler!“ sagte Gisela, indem sie mir freundlich die Hand zum Kusse reichte.

„Leider schon zu alt, meine Gnädige; ich muß befürchten, daß ich von meinen Freunden nur mehr als Alterthum erwähnt werde.“

Fräulein Gisela seufzte; ich empfand nur zu gut, daß ich eine Saite berührt habe, von der sie sich unangenehm getroffen fühlte.

Gisela bemerkte meine Verwirrung und gab unserem Gespräche eine sehr geschickte Wendung.

„Wissen Sie, womit ich mich jetzt beschäftige?“

„Wie sollte ich das nach so langer Trennung wissen?“

„Ich stehe im Begriffe, Dichterin zu werden, habe auch schon einen Roman begonnen; wenn er gelingt, werde ich ihn fortsetzen.“

„Herrlich! und der Titel dieses Romans, wenn ich fragen darf?“

„Memoiren einer Balkkönigin.“

„Sehr interessant; nur fürchte ich, daß man an-

nehmen wird, Sie hätten Ihre eigenen Erlebnisse beschrieben, und die schlecht denkenden Kritiker werden die subjective Richtung dem Roman als Fehler anrechnen.“

„Thut nichts, unsere eigenen Erlebnisse besitzen den Vortheil, daß wir sie naturgetreu widerspiegeln, und während die erdichteten gewöhnlich überspannt sind, wodurch den Reiz des Natürlichen entbehren. Uebrigens werde ich Sie in mein Geheimnis einweihen, vorausgesetzt, daß Sie damit einverstanden sind und es nicht langweilig finden, die geistigen Producte eines schwachen Frauengehirns anzuhören. Ich hoffe, daß Ihre aufrege Kritik mich in den Stand setzen wird, die etwaigen Klippen meines Romans zu beseitigen.“

„Charmant! Wenn Sie in Ihrem Roman eine gleiche Sprache bedienen, kann ich Ihnen den Erfolg desselben im vorhinein sichern.“

„Es wird spät; ich eile zum Mittagessen; morgen finden Sie mich in der Laube des Gasthofes, wo ich täglich um 5 Uhr Promenade mache.“

zweifle nicht an Ihrer Pünktlichkeit. Und nun Adieu!“ sagte sie, sich anmuthig verneigend, und verschwand vor meinen Augen.

Am Nachmittag des nächsten Tages erschien sie pünktlich in der bekannten Laube; Gisela erwartete mich.

„Sie ließen lange auf sich warten!“

„Ich weilte bei meinen Freunden.“

„Wie glücklich Sie sind, Sie haben noch Freunde, auch ich glaube einst Freunde zu besitzen; ach, es war ein schöner, ein bezaubernder Traum!“

„Sie sind ungerecht, Gisela; bei Freunden scheidet nicht die Quantität, sondern die Qualität. Ihre Aeußerung schmerzt mich, denn ich war Ihnen aufrichtig zugethan.“

Gisela verstand mich und reichte mir die Hand.

haltung des Schmuggelhandels auf der Donau, welcher selbst das Tabakmonopol gefährdet, verwendet werden soll. Die gegenwärtige Kammeression ist prorogiert worden.

Der Generalcapitän von Havannah zeigte der Bevölkerung in einer Proclamation die in Spanien vor-gefallenen politischen Veränderungen an, und empfahl derselbe, der von den Cortes erwählten Regierung Gehorsam zu leisten. Die Aufregung ist groß; die Geschäfte stocken; die Sklavenbesitzer sind über die Errichtung der Republik misvergnügt. Die Stadt ist ruhig.

Die „Times“ dementiert die Nachricht, daß der Präsident von Peru ermordet und das dortige Regierungspalais in die Luft gesprengt wurde.

Wiener Weltausstellung 1873.

Der Zolldirector der chinesischen Regierung und Commissär für die Weltausstellung, Herr Detring aus China ist in Wien eingetroffen.

Aus München sind die Herrn Dr. Stockbauer, Professor an der Kunstgewerbeschule in München, und Herr Zettler, Director des Institutes für Glasmalerei, in Ausstellungsangelegenheiten in Wien angekommen.

Einem eben eingelangten Telegramme aus Hongkong zufolge ist die japanische Commission für die Weltausstellung am 3. d. M. daselbst eingetroffen und hat gestern die Weiterreise nach Wien angetreten. Die Commission zählt 14 Mitglieder, an deren Spitze als Präsident der Staatsrath Okuma und der Minister der öffentlichen Arbeiten Herr Sono Sannetani als Vizepräsident stehen.

In Italien hat die Verpackung der für die Ausstellung bestimmten Objecte begonnen. Die Zahl der italienischen Aussteller hat sich infolge von Zulassung verspätet Angemeldeter auf 4000 erhöht.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Congreß der Vereinigten Staaten außer der bereits genehmigten Ausrüstung von zwei Dampfschiffen für den Transport der amerikanischen Ausstellungsgüter, noch 50.000 Doll. für die Bestreitung der Kosten der amerikanischen Ausstellungskommission gewidmet.

Berichten aus Rio de Janeiro zufolge haben in den größeren brasilianischen Provinzstädten Vor-Ausstellungen stattgefunden, auf welchen die hervorragendsten Expositionsobjecte ausgewählt worden. Die Sammlungen aus den Provinzen sind bereits unterwegs nach Rio, von wo alle aus dem Innern des Landes eintreffenden Objecte collectiv nach Wien werden befördert werden.

Wie uns aus Monte video geschrieben wird, hat die dortige Regierung eine Commission mit der Leitung der Ausstellung Montevideos betraut.

Prozeß Strejsovsky.

Am 17. d. begann in Prag die Schlussverhandlung gegen Strejsovsky (Eigenthümer der „Politik“) und gegen dessen Administrator Anton Ruschitschka bei dem prager k. k. Landes- als Strafgerichte. Den Vorsitz führt Landesgerichtspräsident Jankovsky; als Räte fungieren die Herren Jellinek, Schmidt und Sourk, als Vertreter der Staatsbehörde Staatsanwalt Rapp. Der von dem letzteren vorgetragene Anklage entnehmen wir folgende Hauptpunkte: Bei Beginn der Untersuchung gegen Strejsovsky stan den die Inseratenstempel-Gebühren von der Zei-

tungsunternehmung „Pblitk“ 21.211 fl. 80 kr. 6. W., von der Zeitungsunternehmung „Vokrol“ 5220 fl. 30 kr. 6. W. aus. Zur Berichtigung solcher Gebühren ist nun der Verleger der Zeitschrift verpflichtet oder dort, wo ein Verleger nicht nachhaft gemacht ist, der Herausgeber.

Da nun die beiden oben genannten Zeitungsunternehmungen stets nur den Herausgeber anzeigten, so wurde im Sinne des Preßgesetzes dieser von der Finanzbehörde zur Zahlung der Inseratenstempel-Gebühren verpflichtet. Nun aber waren die während der Zeit von Februar 1868 bis Juni 1871 als Verleger fungierenden Personen nur zu dem Ende vorgeschoben, um die wirklichen Verleger von der Pflicht zur Bezahlung der Inseratenstempel-Gebühren zu befreien, während die Execution gegen die nachhaft gemachten Herausgeber wegen deren Mittellosigkeit stets erfolglos blieb.

In dieser Weise fungierten als Herausgeber von 1858 bis 1871 nacheinander W. Nedoma, A. Tuma, W. Hodel, v. Thor, Joseph Hrdlicka und W. Kaspar.

Anfänglich wurde nur der auf den Herausgeber W. Kaspar entfallende Betrag von 4044 fl. 60 kr. bezahlt, da derselbe eine Bürgschafts- und Verpflichtungsurkunde von Strejsovsky in der Hand hatte, worauf letzterer ratenweise die Forderung der Finanzbehörde berichtigte.

Von den übrigen Herausgebern besaß nur Tuma eigenes Vermögen, während z. B. Hrdlicka nach der Zeile gezahlt wurde, Hodel aber als Corrector einen Wochenlohn von 15 fl. bezog. Gegen alle diese „Herausgeber“ blieb also wegen Mittellosigkeit die Execution erfolglos.

Als Grund, warum diese Inseratensteuer nicht bezahlt worden, gibt Anton Ruschitschka, der Administrator der „Politik“, an, daß diese Inseratengebühren von den Parteien überhaupt nicht eingehoben und daher der Finanzbehörde gar nicht bezahlt werden konnten. Allein es liegen aus jener Periode Rechnungen für Inserate vor, wo die Stempelgebühr eingestellt ist, und beträgt diese Summe 1576 fl., welche also, obwohl behoben, doch nicht abgeführt wurde.

Strejsovsky nun lehnt die Verpflichtung zur Bezahlung dieser Gebühren ab, indem nicht er der Verleger gewesen sei. Nach den gerichtlichen Erhebungen stellt es sich aber heraus, daß Strejsovsky in der Altstadt Prag gegenüber der Polizeidirection zwei Häuser für den Jahreszins von 6000 fl. gemiethet, in welchen er selbst wohnte und außerdem die beiden Zeitungsunternehmungen „Politik“ und „Vokrol“ untergebracht waren. Diesen Zins ließ nun Strejsovsky stets durch seinen Beamten Ruschitschka bezahlen, ohne von den Zeitungsunternehmungen jemals eine Vergütung zu fordern.

Da nun, wie durch die Zeugen Franek, Koll, Gruber, Hopp, Dworsky, Pablik etc. erwiesen wurde, Ruschitschka auch andere Zahlungen für die beiden Blätter leistete, während die oben genannten Herausgeber keinen Einfluß auf die administrative Verwaltung dieser Journale nahmen; da außerdem Strejsovsky in Polemiken sich des öftern selbst als Gründer und Eigenthümer der Politik auführte: so erhob die Staatsbehörde mit Bezugnahme auf diese Thatsachen und mehrere während der Untersuchung zutage getretene Unterschlagungen gegen Strejsovsky und Ruschitschka die Anklage wegen Betruges nach den §§ 197, 200, 201 und 203 des St. G.

„Wenn es Ihnen gefällig ist,“ unterbrach ich die eingetretene Ruhe, „stehe ich zu Ihren Diensten.“

„Es thut mir leid, daß ich Ihre Neugierde erregt habe, aber es ist geschehen, und ich will mein gegebenes Wort halten. Apropos, vorerst eine Bitte.“

„Befehlen Sie.“

„Heute lesen wir nur das Kapitel, welches mir am besten gefällt, vielleicht nur deshalb, weil ich den Inhalt desselben selbst empfunden habe.“

Nach diesen Worten, nahm sie ein zierlich geschriebenes Manuscript aus ihrem Korb und las mir folgendes Bruchstück aus ihrem Roman vor:

„Best, am 5. Februar 1864.“

Der Frühling meines Lebens brachte mir heute seine ersten Genüsse dar. Alois, der schöne, liebe, aber schüchterne Alois, näherte sich mir. Ich vermuthete längst schon, daß er mich liebt. Die Sprache seiner Augen enthüllte schon längst das Geheimnis seines Herzens; jedoch wartete ich das Geständnis seiner Liebe ab. Heute wich endlich seine Schüchternheit, seine Augen schwammen in ungewöhnlichem Glanze.

„Clarisse, ich liebe Sie sehr, ich liebe Sie innig und würde mich überaus glücklich schätzen, wenn meine Liebe Ihre Sympathie gewinnen könnte,“ sagte er mit zitternder Stimme.

„Können Sie daran zweifeln? Die besondere Aufmerksamkeit, die ich Ihnen widme, müßte Sie schon längst überzeugt haben, daß ich Ihnen nicht abgeneigt bin.“

Alois sah mich lange — sehr lange an, ich war verwirrt und mußte seinem durchdringenden Blicke ausweichen.

Nach langer Pause nahm er wieder das Wort: „Auf dem morgigen Balle werden Sie immer mit mir tanzen?“

„Das wäre zu auffallend, Alois; aber ich verspreche sehr oft mit Ihnen zu tanzen.“

„Dies genügt mir nicht.“

„So seid ihr Männer alle; kaum habt ihr euch von unserer Sympathie überzeugt, tretet ihr schon mit Forderungen auf.“

„Ich bitte Sie, Clarisse, sprechen Sie nicht in diesem alltäglichen Tone zu mir, das schmerzt mich sehr. Nicht um Aufsehen zu erregen will ich mit Ihnen tanzen, sondern um...“

Ich ließ ihn nicht weiter sprechen und sagte ihm alle Tänze, mit Ausnahme einer Quadrille, zu. Er war zufrieden.

Am 6. Februar.
Sehnsuchtsvoll erwarteter Tag, Zauberbild meiner Träume, Eden meiner Wünsche! endlich kann ich dich freudig begrüßen! Noch einige kurze Stunden und meine Träume, meine süßen Träume werden verwirklicht. Der Besuch des ersten Balles ist für das junge Mädchen eine Schlacht, wo sie rühmlich siegen oder auch sterben kann; ich hoffe selbe siegreich zu bestehen. Wonnetrunken betrachtete ich meine prächtige Toilette und die weißen Camellien, welche überraschend mit der Kohlschwärze meiner üppigen Locken contrastierten, als Alois, mit einem prächtigen Bouquet in der Hand, lächelnd in mein Zimmer trat. Ich wollte ihn umarmen, ihn küssen... aber ich fürchtete meine Tarlatan-robe zu zerkratzen. Er übergab mir das Bouquet, mit der Frage: „Mit wem tanzen Sie die Ausnahms-Quadrille, Clarisse?“

„Das weiß ich noch nicht“ antwortete ich, ohne zu lügen, und bange Ahnungen stiegen in mir auf.

Was würde ich thun, wenn ich ohne Tänzer bliebe? (Schluß folgt.)

Tagesneuigkeiten.

— Se. kaiserliche Hoheit der Herr Erzherzog Albrecht haben, wie das „Fremdenblatt“ erzählt, im Kurorte Gleichenberg in Steiermark, um den daselbst Hilfe suchenden Offizieren des stehenden Heeres und der k. k. activen Kriegsmarine (vom Hauptmann, Rittmeister und Pinien-Schiffleutnant erster Klasse abwärts) eine unentgeltliche Unterkunft bieten zu können, ein Haus angekauft und auf die Dauer der Saison für das Jahr 1873 zu diesem Zwecke gewidmet. Das angekaufte Haus führt den Namen „Waldbaus.“

— (Universität auf Actien!) In czechischen Kreisen wird, wie prager Blätter berichten, die Gründung einer czechischen Universität mittelst Emission von 10.000 Actien zu 200 fl. besprochen.

— (Der Haupttreffer) bei der am 15. d. stattgehabten Ziehung des ungarischen Prämien-Anlehens mit 100.000 fl. fiel, wie aus Erlau geschrieben wird, auf ein Los der dortigen Losgesellschaft „Fortuna“. Dieser Verein hatte auch im Jahre 1869 das Glück, auf ein Creditlos den Haupttreffer von 200.000 fl. zu gewinnen.

— (Schneeberge wohnen). Der „P. M.“ meldet: „In der Militärgrenze schneit es seit dem 3. d. M. immerfort. Der Schnee ist auf den Bergen nahezu 2 Klafter und im Thale 5 Schuh hoch. Die Wege sind so verweht, daß von Communication für lange Zeit keine Rede sein kann.“

— (Schadenfeuer in Belgrad.) Am 17. d. brach in der dortigen Hochschule, wo sich die Landesbibliothek und die Museen befinden, Feuer aus. Das Feuer wurde gelöscht, ohne einen größeren Schaden verursacht zu haben.

Locales.

— (Die philharmonische Gesellschaft in Laibach) entwickelte im Jahre 1872 eine ganz außerordentlich lobenswerthe Thätigkeit. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1872 fl. 3823.56, die Ausgaben fl. 3379.52, es bleibt also ein Kassenrest von fl. 444.04. Die Verbuchung hat in 1459 Posten stattgefunden. Das Kassenvermögen betrug fl. 7203.84. Der Stand der beitragenden Mitglieder betrug Ende 1871 383, eingetreten sind im Laufe des Jahres 1872 138, also zusammen 521; davon sind ausgetreten 76, es bleiben also 445; die Zunahme beträgt demnach 62 Mitglieder. Ausgetreten sind: wegen Abreise 47, wegen Todesfällen 6, wegen Krankheit 2, aus sonstigen Gründen 21 = 76. Auswärtige Mitglieder zählt die philh. Gesellschaft 16, davon domicilieren 1 in Ungarn, 1 in Slavonien, 3 in Steiermark, 11 in Krain. Die Vereinskasse hatte einen Ertrag von fl. 639.75, die Ausgaben betragen fl. 1152.10; Geschenk der löblichen Sparkasse für die Schule fl. 100, Zuschuß aus der Vereinskasse zur Erhaltung derselben fl. 412.35 = fl. 1152.10. An der Schule haben theilgenommen 78 Schüler. Mit besonderem Vergnügen fügen wir diesem Berichte den erfreulichen Zusatz bei, daß die Zahl der beitragenden Mitglieder steigt und namentlich gestern mehr als zwölf Beitrittserklärungen eingelaufen sind.

— (Das Sängerknaben), welches gestern vom Männerchor der philharmonischen Gesellschaft zu Ehren des Damenchores arrangiert wurde, nimmt unter den bisher stattgefundenen Faschingsunterhaltungen unstreitig den ersten Rang ein. Volle Anerkennung offerieren wir dem Comité für die originelle und sehr sinnreiche Decoration der Tanzlocalitäten. Die Trophäen der Tonmuse prangten im Tanzsaale, im Vorfaal war unter lebender Bäumen und Gesträuchen die Büste des unsterblichen Beethoven sichtbar. Lebhafteste Tanzlust, laute Conversation, reizend schöne Damengestalten, die Laibach in so reicher Anzahl mit Stolz sein eigen nennen kann, blendend schöne, in den verschiedensten Stoffen, Farben und Formen glänzende, höchst elegante Toiletten verherrlichten den äußerst angenehmen Abend. Den Damen wurde beim Austritte ein großes Blumenbouquet überreicht. Der Herr k. k. Landespräsident Graf Auerberg, der Herr Landeshauptmann Dr. Ritter v. Kaltenecker mit mehreren Herren Landesauschüssen, der Herr Bürgermeister Deschmann, Gäste aus der höheren Gesellschaft, der Beamten- und Handelswelt, die Koriphäen unserer deutschen Bühne, Vertreter des k. k. Offizierscorps u. a. bildeten das Ensemble des glänzenden, herrlichen Balles, welcher erst in heutiger Morgenstunde endete. Nahezu 500 Gäste bewegten sich in den taghell beleuchteten Räumen. Orchesterdirector Mayer producirte eine für diesen Abend neucomponierte Polka, die sehr beifällig aufgenommen wurde. Der gestrige Abend verdient den ersten Ploy in der heurigen Faschingschronik und ein goldenes Blatt im Gedenkbuche der philharmonischen Gesellschaft.

— (Die Baugesellschaft des ersten allg. Beamtenvereines der österreichisch-ungarischen Monarchie), deren Constituierung und ausführliches Programm wir bereits letzte Woche unseren Lesern mittheilten, veröffentlicht in unserer heutigen Nummer die Subscriptionseinladung auf ihre Actien. Die Bedingungen sind günstig, besonders, da die Einzahlungen ratenweise geleistet werden können, wie aus der Annonce näher ersichtlich ist.

— (Theaterbericht vom 19. d.) Auch die deutsche Bühne sollte dem Fasching den schuldigen Tribut, indem sie uns die immerhin noch frische und auf die Erschütterung des Zwischfelles wohlberechnete Nestroy'sche Posse „Die verhängnisvolle Faschingsnacht“ brachte. Leider war das Haus sehr schwach besucht. Beifall wurde nur in ge-

ringer Dosis gespendet, obgleich die Poste meisterhaft gespielt wurde. Als hervorragende Leistungen betonen wir jene des Herrn Carode (von Ged), Fr. Brambilla (Sepperl), der Herren Asim (Korenz), Bwerenz (Zalhuber) und Midaner (Jakob).

(Militärveränderung.) Uebersetzt wurde innerhalb der k. k. Landwehr: Der k. k. Lieutenant Herr De Para Josef (Domicil Trieste) aus dem Stande des k. k. Landwehr-Bataillons Pisino Nr. 73 in jenen des k. k. Landwehr-Bataillons Laibach Nr. 25.

Aus dem Gerichtsfale.

Am 17. d. begann unter dem Voritze des Landesgerichtsrathes Huber vor einem Richtercollegium, bestehend aus den Herren Landesgerichtsrathen Romé und A. von Gariboldi, dann Secretär Bozic und Adjunct Setina, die Schlussverhandlung wider Josef Pirc, 50 Jahre alt, verehelicht, Grundbesitzer in Laufen, wegen Verbrechen der Nachahmung öffentlicher Creditpapiere (nach § 106 und 108 St. G.) und wider Michael Policar, 57 Jahre alt, verehelicht, Kauschler in Untersebnitz, wegen Verbrechen der Theilnahme an der Creditpapierfälschung im Zusammenhang mit dem Verbrechen der Verleumdung. Bereits im Mai 1869 wurde, wie aus der Anklage erhellt, ein sicherer Joh. Jeglic aus Brestsch daselbst und kurz darauf wieder in Klagenfurt bei Veräussung von falschen Zehnguldennoten betreten. Derselbe behauptete, drei Stück gefälschte Zehnguldennoten von Josef Pirc in Laufen als Darlehen erhalten zu haben. Schon damals wurde auch gegen letztern die Untersuchung wegen Banknotenfälschung eingeleitet, aber am 15. November wieder eingestellt. Im März 1871 langte beim Untersuchungsgerichte in Radmannsdorf die Anzeige des dortigen Gendarmeriepostens ein, laut welcher im August 1870 im Hausgarten des Ignaz Stalal in Laufen ein Buch in krainischer Sprache gefunden wurde, in dem sich 13 Stück nachgezeichnete Zehnguldennoten befanden. Das Buch mit den Fälschungen war der Anzeige beigegeben. Die österreichische Nationalbank erkannte dieselben als begonnene Fälschungen von derselben Hand mit der lit. f/5 wie die zwei von Jeglic verausgabten. Als der Besitzer dieses Buches wurde Josef Pirc nachgewiesen. Gegen diesen mehrten sich nach und nach die Anzeichen. Schon Jeglic hatte ihn direct der Banknotenfälschung beschuldigt. Valentin Stofic sagte eidlich aus, daß Josef Pirc am 3. Mai 1868 mit ihm in Klagenfurt zusammengekommen sei, ihn ersucht habe, in sein Haus in Laufen zu gehen und dort drei falsche Zehnguldennoten vom Dachboden des Stalles zu holen. Andreas Net jun. hat am 15. Februar 1870 beim Untersuchungsgerichte in Krainburg aus freiem Antriebe angezeigt, daß Josef Pirc im September 1868 durch drei Wochen bei seinem Vater in der Dachkammer versteckt war und dort Banknoten nachmachte. Maria Weisweiß habe ihm das Essen gebracht und ihm erzählt, daß Pirc Banknoten mache. Der Vater dieses Net wurde auch im Jahre 1870 beim Veräussung einer falschen Zehnguldennote betreten, welche der in Rede stehenden Fälschkategorie angehörte. Außerdem stand Josef Pirc mit dem wegen Verbrechen der Creditpapierfälschung abgeurtheilten und derzeit in Strafkast befindlichen Johann Presern, ebenso mit dem wegen Theilnahme an der Creditpapierfälschung zu zehnjährigem schweren Kerker verurtheilten Anton Pogacar in verdächtigem Verkehr. Endlich besitzt er als Bildhauer und Maler im Zeichnen und im Gebrauch der Farben jedenfalls die Kenntnisse, daß man sich von ihm der That versehen konnte.

Am 26. Jänner 1872 verausgabte Michael Policar, Grundbesitzer in Untersebnitz, im Wirthshause des Franz Pirc in Kropp eine Zehnguldennote, die von der Wirthin sogleich als falsch erkannt wurde. Der herbeigerufene Wirth fand bei demselben noch acht andere, ebenfalls gefälschte Zehnguldennoten und ließ den Bürgermeister Josef Jalen und einen Gemeinderath herbeirufen. Letzterer, Karl Pibrouc, verfügte die Einlieferung des Michael Policar an das Untersuchungsgericht in Radmannsdorf, indem er dem Einwohner Jakob Koprivic ein versiegeltes Schreiben mit den eingeschlossenen Fälschungen und den Michael Policar mit dem Auftrage übergab, bei Einlieferung des letzteren das Schreiben zu übergeben. Jakob Koprivic entledigte sich seiner Aufgabe jedoch sehr schlecht, denn statt den Verhafteten von Kropp direct nach Radmannsdorf zu führen, kehrte er erst in unterschiedlichen Wirthshäusern ein und zechte mit seinem Hästling. Als sie an die Radmannsdorfer Brücke kamen, hat Policar seinen Begleiter, ihn nicht nach Radmannsdorf zu führen, sondern mit ihm auf den Bahnhof nach Lees zu gehen, wo er Geschäfte abzumachen habe. Von Lees aus führte Policar seinen Begleiter in das Haus seines Schwiegersohnes Jakob Pfeifer, wo er zuerst in einem abgelegenen Gemache, dessen Thüre er abschloß, mit seiner Tochter Rücksprache pflegte, während sein Wächter in der Wirthsstube beim Weine saß. Als dann auch der Schwiegersohn nach Hause gekommen, konnte Policar ungestört auch mit diesem sich verständigen. Endlich brach man nach Radmannsdorf auf. Unterwegs hat Policar seinen Begleiter, nicht zu sagen, daß er bei seinem Schwiegersohn gewesen. Auch in Radmannsdorf wurde erst noch in ein Wirthshaus eingeleitet, und nach dieser eigenthümlichen Escorte übergab Koprivic um halb 7 Uhr abends seinen Hästling dem Untersuchungsgerichte. Die Nationalbank erklärte die dem Michael Policar abgenommenen neun Stück Zehngulden-Noten als das 124.-132. Exemplar der Verfälschung lit. f/5, demnach als zur gleichen Fälschkategorie gehörig, wegen welcher Josef Pirc als unmittelbarer Thäter angeklagt wird. Bei der Verantwortung hinsichtlich des Bezuges der falschen Noten ist Policar sichtlich bestrebt, den Untersuchungsrichter von der Erörterung der Quelle abzuleiten. Unter anderen falschen Angaben nennt er den Wirth Andreas Bacher in Birkendorf, von dem er am 26. Jänner v. J. die neun falschen Zehner um fünf echte Zehnguldennoten gekauft haben will. Da sich dies aber durch die Untersuchung alsbald als falsch herausstellte, erscheint Michael Policar nicht nur des Verbrechen der Theilnahme an der Creditpapierfälschung, sondern auch des Verbrechen der Verleumdung rechtlich bezichtigt und ist daher die Anklage gegen ihn in beiden Richtungen eingeleitet.

mit den eingeschlossenen Fälschungen und den Michael Policar mit dem Auftrage übergab, bei Einlieferung des letzteren das Schreiben zu übergeben. Jakob Koprivic entledigte sich seiner Aufgabe jedoch sehr schlecht, denn statt den Verhafteten von Kropp direct nach Radmannsdorf zu führen, kehrte er erst in unterschiedlichen Wirthshäusern ein und zechte mit seinem Hästling. Als sie an die Radmannsdorfer Brücke kamen, hat Policar seinen Begleiter, ihn nicht nach Radmannsdorf zu führen, sondern mit ihm auf den Bahnhof nach Lees zu gehen, wo er Geschäfte abzumachen habe. Von Lees aus führte Policar seinen Begleiter in das Haus seines Schwiegersohnes Jakob Pfeifer, wo er zuerst in einem abgelegenen Gemache, dessen Thüre er abschloß, mit seiner Tochter Rücksprache pflegte, während sein Wächter in der Wirthsstube beim Weine saß. Als dann auch der Schwiegersohn nach Hause gekommen, konnte Policar ungestört auch mit diesem sich verständigen. Endlich brach man nach Radmannsdorf auf. Unterwegs hat Policar seinen Begleiter, nicht zu sagen, daß er bei seinem Schwiegersohn gewesen. Auch in Radmannsdorf wurde erst noch in ein Wirthshaus eingeleitet, und nach dieser eigenthümlichen Escorte übergab Koprivic um halb 7 Uhr abends seinen Hästling dem Untersuchungsgerichte. Die Nationalbank erklärte die dem Michael Policar abgenommenen neun Stück Zehngulden-Noten als das 124.-132. Exemplar der Verfälschung lit. f/5, demnach als zur gleichen Fälschkategorie gehörig, wegen welcher Josef Pirc als unmittelbarer Thäter angeklagt wird. Bei der Verantwortung hinsichtlich des Bezuges der falschen Noten ist Policar sichtlich bestrebt, den Untersuchungsrichter von der Erörterung der Quelle abzuleiten. Unter anderen falschen Angaben nennt er den Wirth Andreas Bacher in Birkendorf, von dem er am 26. Jänner v. J. die neun falschen Zehner um fünf echte Zehnguldennoten gekauft haben will. Da sich dies aber durch die Untersuchung alsbald als falsch herausstellte, erscheint Michael Policar nicht nur des Verbrechen der Theilnahme an der Creditpapierfälschung, sondern auch des Verbrechen der Verleumdung rechtlich bezichtigt und ist daher die Anklage gegen ihn in beiden Richtungen eingeleitet.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 19. Februar. Das Herrenhaus wählte den Budgetausschuß und setzte dann die Strafprozessdebatte fort. Lichtenfels spricht gegen das im § 2 aufgestellte Prinzip reiner Anklage und wünscht die Staatsanwaltschaft unter die Controle des Richters gestellt; er bringt einen Antrag in diesem Sinne ein, welcher jedoch nach längerer, mit einer zweistündigen Rede des Justizministers abgeschlossener Debatte einstimmig abgelehnt wird. § 2 wird sodann in der Commissionsfassung angenommen. Lichtenfels zieht nunmehr die zu den späteren Paragraphen gestellten Abänderungs-Anträge zurück.

Der Verfassungs-Ausschuß, die Specialdebatte über § 7 der Wahlreformvorlage fortsetzend, nahm Absatz A dieses Paragraphen bis zu den Worten „im Königreiche Böhmen“ mit allen gegen 1 Stimme (Coronini) an; ebenso den Antrag Herbst auf Erhöhung der Städteabgeordnetenanzahl Böhmens von 31 auf 32 und schließlich den ganzen Absatz rückfichtlich der übrigen Abgeordneten Böhmens. Mit Einverständnis des Ministers des Innern wurde die Beschlussfassung über die Abgeordnetenanzahl Dalmatiens vertagt, um noch die dalmatinischen Abgeordneten zu hören.

Börsebericht.

Wien, 18. Februar. Die Börse war wieder sehr günstig und die Tendenz derselben kam auf allen Verkehrsgebieten zur Geltung; während aber in letzter Zeit häufig Nebenpapiere favorisiert wurden, waren heute die Actien älterer Bankpapiere von der Gunst des Tages getragen und blieb infolge dessen die Speculation sich beschäftigte, eine geringere. Von Schrankenwerthen zog besonders die Lloyd-Actie Aufmerksamkeit auf sich.

Table with columns: A. Allgemeine Staatsschuld für 100 fl., B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Andere öffentliche Anleihen. Includes sub-sections for Einheitsliche Staatsschuld, Silber, Anleihen v. 1839, etc.

Table with columns: Geld Ware, D. Actien von Bankinstituten, E. Actien von Transport-Unternehmungen, F. Pfandbriefe (für 100 fl.), G. Prioritätsobligationen. Lists various bank and railway stocks and bonds.

Telegraphischer Wechselkurs vom 19. Februar. Table with columns: Silber-Rente, Staats-Anleihen, London, etc.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 19. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Getreide, 8 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 72 Ztr., Stroh 40 Ztr.), 22 Wagen und 8 Schiffe (18 Klasten) mit Holz.

Table with columns: Weizen pr. Megen, Korn, Gerste, Hafer, etc. and Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, etc. Lists market prices for various goods.

Mudolfswerth, 17. Februar. Die Durchschnittspreise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table with columns: Weizen per Megen, Korn, Gerste, Hafer, etc. and Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, etc. Lists market prices for various goods.

Angekommene Fremde.

Am 18. Februar. Hotel Elefant. Graf Degenfeld, Wien. ... Hotel Stadt Wien. Eister, Kfm., Wien. ... Hotel Europa. Burgl, Kfll. ...

Theater.

Heute: Die Erziehung macht den Menschen. Original-Aufführung in 5 Aufzügen, mit der Benützung einer Idee von C. A. Görner.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anzahl des Schmelzes. Lists weather observations for February 19th.

Dichter Nebel, bis abends anhaltend, dann trübe. Gemittelte der Temperatur - 4.1°, um 3.7° unter dem Maximum. Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.